

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 88 848 ppbn d

Inhalt

Franz Müntefering MdB gratuliert der SPD-Politikerin Hedwig Meermann zum 75. Geburtstag.

Seite 1

Wolfgang Roth MdB zur Verabschiedung des neuen US-Handelsgesetzes: Bundesregierung ist an Protektionismus in den USA mitschuldig.

Seite 2

Dokumentation:

Der Antrag „Auf dem Weg zur umweltverträglichen Industriegesellschaft“ des SPD-Parteivorstandes zum SPD-Bundesparteitag in Münster (Teil V).

Seite 3

43. Jahrgang / 148

5. August 1988

Herzlichen Glückwunsch, liebe Hedi!

Zum 75. Geburtstag von Hedwig Meermann

Von Franz Müntefering MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Nach dem Krieg ging sie zum frühestmöglichen Zeitpunkt zur SPD. Die Kommunalpolitik in Rat und Kreistag (1953 bis 1961) hat sie geprägt. Die Arbeit als Fraktionssekretärin beim Europarat und der Weg in Straßburg und Paris und dann - als erste Frau in deren achtzigjähriger Geschichte - ihr Wirken als Präsidentin der IPU-Kulturkommission (1968 bis 1972) waren Ausdruck ihrer Urbanität. Dann 15 Jahre als Bundestagsabgeordnete Mitglied des Hohen Hauses in bewegter Zeit (Adenauer-Erhard-Kiesinger-Willy Brandt-Helmut Schmidt); 1961 bis 1976. Schließlich Gründungsmitglied der Vereinigung ehemaliger MdBs, als deren Schatzmeisterin, Geschäftsführerin, Präsidentin, heute Vizepräsidentin, immer noch Herz und Motor dieser Gruppe. Über 40 Jahre Politik. Als selbstbewußte Frau. Als selbständige Persönlichkeit. Als Sozialdemokratin. Die Zeit im Bundestag mag der Höhepunkt gewesen sein. Aber Politik war auch vorher und blieb nachher ihre Passion. Ist so jemand nun Berufspolitikerin oder gerade nicht Berufspolitikerin?

Als es wieder was zu essen und was anzuziehen gab im Lande, wurde die Wohnungsfrage um so gewichtiger. Hedi Meermann wußte, was die Menschen drückte und war in der SPD-Bundestagsfraktion und im Deutschen Bundestag bald eine engagierte und einflußreiche Wohnungspolitikerin. Ein Thema, dem sie die Treue gehalten hat - bis heute: Wohnen ist ein Grundrecht und Wohnen ist mehr als ein Dach über dem Kopf. Mitte der siebziger Jahre war sie die Expertin der SPD für Wohngeld. Sie sah, daß bedarfsgerechtes Wohnen für viele nicht finanzierbar war und kämpfte für staatliche Hilfen.

Hedi Meermann setzt Akzente auf ihre Art. Zu ihrem Abschiedessen in der Parlamentarischen Gesellschaft - deren Präsidentin sie bis 1976 war - lud sie auch Paul Lücke ein, den ehemaligen Bundesbauminister der CDU, den „politischen Gegner, aber ehrlichen und auch wirkungsvollen Kämpfer in der Sache“. Der sonst in Bonn nicht mehr gefragte Ex-Minister war bewegt, wir Jüngeren waren nachdenklich. Hedi Meermann war immer Lady. Der Handkuß schien angebrachter als die Faust. Dutt und Blockabsatz waren nicht ihre Art. Ein bunter Tupper im Bonner Männerclub.

Hedi Meermann ist gebürtig aus Essen. Es sei deshalb dem Nordrhein-Westfalen erlaubt: Nordrhein-Westfalen hat viel Gutes getan für die Republik, auch für Tuttlingen (ihr Wohnort) und Baden-Württemberg. Hedi ist einer der liebenswertesten Beweise. — Der Genossin, der Kollegin, der gestandenen Frau, der geschätzten Freundin: Glückwunsch und Glückauf!

(-/5.8.1988/vo-he/jr)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Vermindertem Umweltschutz
mit vermehrt Rohstoffen
Recycling-Papier



Bundesregierung ist an Protektionismus in den USA mitschuldig

Zur Verabschiedung des neuen US-Handelsgesetzes

Von Wolfgang Roth MdB
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion und
Vorsitzender des Arbeitskreises Wirtschaftspolitik

Es ist bedauerlich, daß der herannahende Wahltermin in den USA doch noch zur Verabschiedung des US-Handelsgesetzes geführt hat. Damit haben sich die protektionistischen Tendenzen in den USA durchgesetzt. Importbeschränkungen, Vergeltungsmaßnahmen, Exportsubventionen und Sanktionen, wie sie das neue Gesetz möglich macht, sind aber weder Maßnahmen, die in einen freien Welthandel passen, noch werden sie die Wettbewerbsfähigkeit der USA stärken können. Das Handelsgesetz steht damit auch im Widerspruch zu den Abmachungen, die in der GATT-Uruguay-Runde diskutiert werden und erschwert diese.

Die USA haben das Handelsgesetz mitten in der laufenden Hochkonjunktur und bei Arbeitslosenraten, von denen Europäer nur träumen können, beschlossen. Man stelle sich einmal vor, welche protektionistischen Maßnahmen dann erst in der nächsten amerikanischen Rezession zu erwarten sind. Die Perspektiven für eine freie Weltwirtschaft wären düster.

Die Bundesregierung sollte sich zu Herzen nehmen, daß das neue Handelsgesetz von der Regierung in Washington die Aufnahme von Gesprächen mit anderen Industriestaaten über eine bessere Abstimmung der Wirtschaftspolitik verlangt. Dies zeigt nämlich, wo die wirklichen Ursachen der protektionistischen Handelsgesetzgebung in den USA liegen. Schon lange haben die USA, aber auch andere Partner der Bundesrepublik in der Weltwirtschaft ein höheres Expansionstempo der deutschen Wirtschaft angemahnt. Aber die Bundesrepublik ist beim Wirtschaftswachstum in den achtziger Jahren das Schlußlicht unter den führenden Industriestaaten geworden. In keinem Land ist die Arbeitslosigkeit seit 1980 so stark gestiegen wie bei uns. Die Bundesrepublik lebt unter ihren Verhältnissen. Durch ihre außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte trägt sie entscheidend zur Verfestigung weltwirtschaftlicher Ungleichgewichte bei und hat das US-Handelsgesetz mit zu verantworten.

Notwendig wäre aber eine Stärkung der binnenwirtschaftlichen Expansion, vor allem in der Bundesrepublik. Europa, vor allem aber die Bundesrepublik müßte mehr importieren, damit die Weltkonjunktur stärken und Exporte von den USA auf andere Märkte umlenken, die amerikanischen Exportmöglichkeiten verbessern und den Importdruck in den USA mildern. Die Bundesrepublik hat ihre Politik bisher nicht auf die Stärkung der Binnennachfrage und eine Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ausgerichtet. Im Gegenteil: Durch die geplanten Steuer- und Abgabenerhöhungen dämpft die Bundesregierung entscheidend die Konsumnachfrage und trägt damit unmittelbar zur Steigerung der Arbeitslosigkeit bei uns und zur Verfestigung der weltwirtschaftlichen Ungleichgewichte bei. Sie setzt immer noch auf hohe Exportüberschüsse und erteilt einer internationalen wirtschaftspolitischen Kooperation mit dieser Politik eine deutliche Absage.

Völlig falsch wäre es jetzt, wenn Europa ebenfalls mit protektionistischen Maßnahmen auf das neue US-Handelsgesetz reagieren würde. Notwendig ist vielmehr eine konzentrierte Aktion zur Stärkung der europäischen Binnennachfrage. Dabei kommt der Bundesrepublik mit einem Anteil von knapp 30 Prozent am Sozialprodukt der EG-Staaten eine Schlüsselfunktion zu. Die Bundesregierung darf nicht länger Augen und Ohren gegenüber ihrer wirtschaftspolitischen Verantwortung in Europa und der Welt verschließen.

(-/5.8.1988/jr/fr)

* * *

DOKUMENTATION

=====

Auf dem Weg zur umweltverträglichen Industriegesellschaft

(Teil V und Schluß)

Wir dokumentieren den zum SPD-Parteitag in Münster von der Kommission für „Energie und Umweltpolitik“ beim SPD-Parteivorstand erarbeiteten Antrag zur ökologischen Erneuerung der Volkswirtschaft.

2. Internationale Umweltpolitik

Die Verschmutzung der Atmosphäre, der Gewässer und der Böden, die Artenverarmung der Tier- und Pflanzenwelt, die Zerstörung der Naturkreisläufe und der Wälder, die Ausbeutung endlicher Rohstoffe belasten den ganzen Erdball.

Die Wirksamkeit nationaler Umweltpolitik ist begrenzt. Wir brauchen deshalb eine Umweltpolitik im EG-, Ost-West und Nord-Süd-Rahmen, also auch im globalen Maßstab.

a) Gefahren eines ökologischen Kolonialismus sehen und überwinden

Die gegenwärtig hohe Verschuldung zwingt die Länder der Dritten Welt zur Steigerung der Exporterlöse und damit zu einer Form der Produktivitätssteigerung, die die Lebensgrundlage zu zerstören droht: Abholzung, Versteppung, Überdüngung, Bodenvergiftung sind die Folge.

Viele Entwicklungsländer sind gezwungen, nur am Export interessierte Industrien ins Land zu holen mit der Folge, daß sich die „sauberen“ Industrien eher auf die Industrieländer und die „schmutzigen“ eher auf die Dritte Welt konzentrieren. Ein solcher ökologischer Kolonialismus muß gestoppt werden.

b) EG als eine ökologische Gemeinschaft begreifen

Es herrscht ein beträchtliches Defizit bei der umweltpolitischen Umsetzung und Kontrolle der Richtlinien der EG. Nur Umweltspitzentechnologien sichern die industrielle Zukunft Europas. Je mehr der Binnenmarkt zusammenwächst, um so schwieriger werden nationale Alleingänge beim Umweltschutz. Das darf aber nicht dazu führen, daß sich die Umweltpolitik auf dem anspruchslosesten Niveau einpendelt. Das, was technisch möglich ist, muß zum Schutz der Umwelt auch angewendet werden. Die Selbstbehauptung Europas hängt auch davon ab, ob es zu einem Zentrum der ökologischen Modernisierung unserer Wirtschaft wird.

c) Ökologische Partnerschaft mit den östlichen Nachbarn suchen

Trotz großer Umweltprobleme fehlen bei unseren Nachbarn im Osten in besonderem Maße neue Umwelttechnologien und ausreichende Finanzmittel. Wir wollen einen fairen Interessenausgleich im Ost-West-Verhältnis einleiten. Wir besitzen ein breites Angebot an Umwelttechnologien sowie die Möglichkeit, gemeinsame Finanzierungslösungen zu erarbeiten.

In der Ost-West-Kooperation gilt es, eine gesamt europäische Umweltschutzstrategie zu entwickeln, beispielsweise für die Bereiche Luft, Wasser und Verkehr. Die Kooperation mit unseren östlichen Nachbarn darf nicht auf die Bereiche Wirtschaft und Energie beschränkt bleiben.

3. Konsens und Konflikt

Im gesellschaftlichen Kräftefeld - Staat, Unternehmen, Gewerkschaften, Öffentlichkeit - ist, so früh es geht, Konsens über den einzuschlagenden Weg herzustellen. Nur dann kann der Strukturwandel gelingen.

- a) Der Staat muß die Umweltbelange in allen Politikbereichen berücksichtigen. Alle Sektoren staatlicher Politik müssen die ökologische Dimension ihres Handelns beachten: Verkehrspolitik, Raumplanung, Verteidigungs-, Agrar- und Gesundheitspolitik, auch Finanz- und Entwicklungspolitik sind ökologisch nicht neutral.
- b) Wirtschaft und Industrie müssen ihre umweltpolitische Verantwortung ernst nehmen. Wenn Umweltschutz wirklich „Kernaufgabe der Unternehmen“ ist, dann muß das auch bei den Entscheidungen der Unternehmen Konsequenzen haben.
- c) Die Gewerkschaften müssen aus ihrem Bekenntnis, daß nur umweltverträgliche Arbeitsplätze auf Dauer sichere Arbeitsplätze sind, Folgerungen für praktisches Handeln ableiten.
- d) Die Verantwortung des einzelnen wird nicht durch den berechtigten Hinweis auf mangelndes Handeln und Fehlverhalten anderer gemindert.

Das in den letzten Jahren radikal gewandelte Umweltbewußtsein in der Bundesrepublik ist ein notwendiges, aber noch kein hinreichendes Fundament für die ökologische Erneuerung der Industriegesellschaft. Heute werden die Weichen gestellt, wie unsere moderne Industriegesellschaft im Jahre 2000 und danach aussehen soll, und welchen Weg wir dorthin einschlagen werden. Darüber kann keine gesellschaftliche Gruppe alleine befinden, niemand kann seinen eigenen Weg erzwingen. Die Politik wird zunehmend eine wichtige Steuerungsfunktion übernehmen müssen, um den Strukturwandel im Konsens mit den gesellschaftlichen Gruppen zu begleiten.

(-/5.8.1988/vo-he/jr)

* * *